

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unbenutzte eingekaufte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 282

Mittwoch, den 4. Dezember 1918

13. Jahrgang

Clemenceau plant Wiederaufnahme des Krieges.

„Deutsche Bolschewisten.“

Um jedermann erst einmal vor Augen zu führen, wie das gelobte Land der Bolschewisten in Wirklichkeit aussieht, ehe wir ein Wortchen an unsere deutschen „Bolschewisten“ richten, bringen wir in wortgetreuer Uebersetzung Teile eines Briefes, der an eine in hiesiger Gegend lebende Finnländerin gerichtet ist und vor einigen Tagen ankam.

Helsingfors, den 27. Oktober 1918.

Wie Du siehst, sind wir endlich von Petersburg hier in Helsingfors eingetroffen. Du kannst Dir denken, daß wir nichts unversucht gelassen haben, um hierher zu gelangen. Unter ungeheuren Schwierigkeiten und mit großen Anstrengungen gelang es uns, hierher zu kommen. Unsere Wohnung mit allem Möbels und Hausgeräten mußten wir im Stich lassen, aber das ging uns ja nicht an. Wir sind doch so glücklich, daß wir all dem Leid nun entronnen sind. Menschen und Tiere liegen dort in Petersburg haufenweise auf den Straßen herum, gestorben infolge Hungers und Entbehrung. Dazu hierher Strahlen und Schrecken aller Art. Aber fort aus Petersburg läßt man trotzdem niemand. Jederfall herrscht eine nicht zu beschreibende Unordnung. Mord und Mordanschläge sind an der Tagesordnung. Man konnte keine Nacht ohne Angst und Sorge schlafen und lebte wie im 11. Jahrhundert! Keine Post, keine Bahn, keine Zeitung, usw. So ist es nun seit Weihnachten. — — — 3 Wochen waren wir unterwegs, und Du kannst Dir wohl denken, wie mühselig das war. Ich mußte unterwegs 3 Wochen in einem Krankeuhause bleiben, denn der Hunger, die Unruhe und die unbeschreiblichen Entbehrungen hatten zu sehr auf mich eingewirkt. — — — Hier in Helsingfors ist soweit alles wohlhaft und es wäre alles gut, wenn es nur genügend Lebensmittel gäbe. Aber trotzdem ist es hier doch tausendmal besser als in Petersburg. Dort herrscht eine furchtbare Hungersnot. Wie ich mich dort eines Tages etwas weiter wie sonst hinaus auf die Straße wagen, sah ich unter anderen 9 infolge Hungers gestorbene Pferde auf einem Platz zusammenliegen. Die Menschen schreiten langsam Schritt für Schritt, geht wie die Wespenfliegen herum, bis sie zusammenbrechen. Auf den Straßen gibt es fast nichts mehr zu kaufen. Rein Mensch arbeitet, denn sie wird dort das Wort Freiheit ausgelegt. Du kannst Dir wohl vorstellen, was uns dort unser Lebensunterhalt gekostet hat. 8—4 Wlad. Kartoffeln kosteten 8—10 W. Ein Liter Magermilch 10 W. Ein Pfund Weizen 10 W. Du wirst Dich noch erinnern, wie herrlich es früher in Petersburg war. Jetzt aber sind alle Anlagen und Einrichtungen verfallen und auf den großen Plätzen liegen die bolschewistischen Kamezden faulend herum. Die ganze Intelligenz ist schon lange geflohen, denn es wird eine furchtbare Angst nach ihr gemacht, sie wird gemordet und bedrückt, wo man ihrer nur habhaft werden kann.

Was eigener Kenntnis fügen wir hinzu, daß die Presse nicht übertrieben ist, — aber daß es, auch zu diesen Preisen, nur mit größter Mühe möglich ist, auf Schleichwegen hier und da kleinste Mengen aufzutreiben. Und nun haben wir wirklich in unserer Gegend, z. B. in Auer, Teute, die Bolschewismus predigen. Steulich hatten sie allerdings nicht den Mut, sich von Anfang an als Bolschewisten zu bekennen, sondern versuchten das darben Volk durch unerschütterliche Versprechungen an sich zu locken, um erst zum Schluss einer bald stattfindigen Versammlung, als der Welfall immer noch nicht kommen wollte, aber die meisten nach Hause gegangen waren — mit lauter Stimme zu verkünden: „Da, wir sind Bolschewisten!“ — Das nennt man „Bauernfängerel.“ Und die sollte der tapferen, schwer bewaffneten Herren Bolschewisten, die das Volk „beglücken“ wollen, doch unwillig sein.

Wir möchten Ihnen raten, sich schnelligst zu verziehen! — Unsere Volksgenossen hier sind zu klug, zu ehrlich und zu arbeitsam, um sich von ihnen zum eigenen Schaden betrogen zu lassen.

Ein deutscher Protest gegen die französische Gewalt Herrschaft.

Wegen die Unwahrheitshaftigkeit der Aussagen gegen die Grenzverträge des Waffenstillstandes.

Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung ist den Vertretungen der Entente in Bern folgender Protest ausgegangen:

Den der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten zufolge sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrage festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch jetzt noch an der Südgrenze der Pfalz zum Einmarsch bereit farbige Truppen stehen. Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthaltes in der Pfalz haben sich die schwarzen französischen Truppen Notzuchtverbrechen und au-

dere Ausschreitungen zuzuschreiben kommen lassen. (Wir haben darüber schon gestern berichtet. Die Red.) Die deutsche Regierung muß sich aufs schärfste dagegen verwahren, daß der Bevölkerung des von der Entente zu besetzenden deutschen Gebiets eine farbige Besatzung zugemutet werde. Sie hat das Recht, zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, der nach der ihr feierlich erteilten Versicherung einen Frieden des Rechts herbeiführen und den Bund der Völker einleiten solle, in einem Geiste gehandhabt werde, der diesem hohen Ziele und den allgemeinen Empfindungen der Menschlichkeit entspricht. Die Uebersetzung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hochn auf das Gefühl der Gemeinschaft der weißen Völker, ein Gefühl, das auch die Gegner gegen stellen, zumal, da sie nach ihren Erklärungen nach Beendigung des Krieges in einen Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind.

Marshall Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphisch angezeigt, daß die Grenzen Wisah-Nordringens gegen Baden, die Pfalz und Luxemburg bis auf weiteres, voraussichtlich für etwa zehn Tage gesperrt werden. Dabei wird das Gebiet von Saarbrücken und Saarlouis in die abschlößringliche Grenze einbezogen. Unter diesen Umständen sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, gegen die Anordnung des Marschalls Foch die schärfste Verwahrung einzulegen.

Wie die „Nöln. Ztg.“ aus Bern berichtet, hat Foch sein Einverständnis mit dem von Staatssekretär Kerber gemachten Vermittlungsvorschlag erklärt. (Es handelt sich um den gegenüber dem gestern erwiderten Ultimatum Fochs betreffend die Auslieferung der besten Lokomotiven gemachten Vorschlag Kerbers, die in Reparatur befindlichen Lokomotiven (siehe Seite 1) zu 1. Februar 1919 anzuliefern.)

Die „Nöln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Von vollständiger Seite hören wir, daß mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes nur dann gerechnet werden kann, wenn die deutsche Regierung bereit ist, noch schärfere Bedingungen zu übernehmen.

Ein neues deutsches Verbot zum dem Verbot.

Aus Berlin wird gemeldet, daß eine neue deutsche Note an Amerika und die Alliierten bevorsteht, die das offizielle Ersuchen um Verhandlungen über einen Präliminarfrieden ausdrückt.

Die Kriegserklärung des Bundes.

Im französischen Heeresauschuss hat Unterstaatssekretär Brami in Vertretung des Ministerpräsidenten am Sonnabend bekannt, daß eine Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch den Feind dem General Foch die Aktionsfreiheit wiedergebe. Die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Deutschland wurde als besorgniserregend bezeichnet. Wie die schweizerischen Blätter melden, gehen aus Paris unausgesetzt Truppentransporte nach der deutschen Grenze ab. Die französischen Nordbahnen sind seit Sonnabend mitternacht gesperrt.

Der „Wasser Weg.“ meldet aus London, die Stärke der neuen englischen Truppentransporte nach dem Festland beträgt über 800 000 Mann.

Laufing gegen einen Weltkrieg.

Der „Herald“ meldet aus New York: Auf die Anfrage mehrerer Senatoren im Senat erwiderte Lansing, es finde keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten, sondern eine freie Aussprache statt.

Eine Erklärung Wilsons.

Eine Bolschewisten-Konferenz am dem Senat.

In einer Sitzung des Kongresses zu Washington erklärte Präsident Wilson: Er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde, und trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Rüstungsprogramm ein, da es für einen unerschütterlichen Ver-

such halte, das Flottenprogramm einer künftigen Welt-politik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er halte es für seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert hätten.

Genehmigung zwischen Amerika und dem Völkerbund?

Die amerikanischen Blätter berichten, daß zwischen dem amerikanischen General Pershing und den Alliierten große Differenzen in der Friedensfrage bestehen. Man erwartet deshalb, daß die Friedensverhandlungen einen sehr stürmischen Verlauf nehmen werden.

Keine Wiederholung der Waffenstillstandsbedingungen?

Keber die nachgefasste Wiederholung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen: Eine Wiederholung der Bestimmungen betreffend Handelsfreiheit und Fischerei in der Ostsee wird vorläufig nicht ein.

Amerikanische Friedensbedingungen.

Danping hat den amerikanischen Staatsangehörigen empfohlen, der Regierung binnen 80 Tagen mitzutellen, welche Dienste sie durch den Untereisewerkrieg an Leistung oder persönlichen Werten, die nicht oder nur teilweise versichert waren, erlitten haben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um amerikanische oder ausländische Dienste handelt.

Die Kosten des Krieges.

Der „Wörterbuch“ meldet: Der französische General Dubois hat der deutschen Kommission eine Note abgegeben, in welcher für die europäischen Kriegsanforderungen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 54 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist am 5. Dezember in Brüssel, weitere 80 sind am 12. in Brüssel abzuliefern. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekannt gegeben.

Zur inneren Lage.

Die Kaiserfrage.

Der bekannte Berliner Rechtslehrer Geheimrat Prof. Dr. Rahl äußert sich in der „Nat.-Zeitung“ zu der Frage, ob der Kaiser ausgeliefert werden dürfe und erklärt, die Forderung auf Auslieferung des Kaisers ist absolut unzulässig. Das Bürgerliche Gesetzbuch äußert zu dieser Frage ganz klar, daß ein Deutscher einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung nicht ausgeliefert werden kann. Würde irgendein Staat wegen Auslieferung an Holland herantreten, so müßte Holland erst die Genehmigung Deutschlands einholen, die aber, wie gesagt, nicht erteilt wird. Die Frage, ob Deutschland von Holland die Auslieferung Wilhelms II. fordern kann, ist dagegen zum mindesten diskutierbar. Aber auch Deutschland hat sein auf einer Reichsgrundlage beruhendes Gesetz, Wilhelm II. zu bestrafen. Einen Staatsgerichtshof, wie Bethmann-Hollweg ihn gefordert, gibt es nicht. Es wäre nun denkbar, daß die Nationalversammlung einen solchen schaffen würde, aber auch dann käme man in Konflikt mit den gesetzlichen Vorschriften, wonach die Bildung von Nationalversammlungen unzulässig ist. Schließlich wüßte Geheimrat Rahl die Frage auf, ob Deutschland verhindern kann, daß der Kaiser nach Deutschland zurückkehre. Auch diese Frage ist zu bejahen, denn es steht jedem Staatsbürger ein unentziehbares Wohnrecht zu. Deutschland könne höchstens Sicherheitsmaßnahmen fordern. Zusammenfassend bemerkt Geheimrat Rahl: Würde Deutschland in die Auslieferung eines Deutschen, sei es nun der Kaiser oder ein anderer Staatsbürger, an das Ausland einwilligen, so wäre diese eine nationale Schmach, weil Deutschland sich damit zum Mitschuldigen an einer Verletzung ohne Maß halten würde.

Das englische Kabinet grundräßig beschlossen, die Auslieferung des Kaisers von Holland zu verlangen.

Aus Paris wird gemeldet: Die Witwe Wilson hat gegen den früheren Kaiser eine Klage wegen Mordes erhoben. (1) Ihr Mann wurde bei der Zerpöbelung der Suffrag am 24. Dezember 1916 getötet.